

PRESSEMELDUNG

6. November 2019

MIT fordert zielgerichtete Grundrente

Grundrenten-Vorschlag wäre Verstoß gegen Koalitionsvertrag

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) lehnt jede Form einer Grundrente ab, die nicht alle Einkommen und Vermögen im Haushalt des Antragstellers berücksichtigt. Einen entsprechenden Beschluss hat der MIT-Bundesvorstand heute in Berlin gefasst.

MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann: „Die Große Koalition hat zehn Jahre lang Sozialpolitik mit der Gießkanne betrieben. Damit muss jetzt Schluss sein. Die Grundrente darf ausschließlich an langjährige Beitragszahler ausgezahlt werden, die sonst in der Grundsicherung landen würden. Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung wieder Milliardensummen an Menschen verteilt, die sie nicht benötigen.“

Der sich derzeit abzeichnende neue Kompromiss mit einer eingeschränkten Prüfung führt nach Einschätzung der MIT dazu, dass die Grundrente an Hunderttausende Personen ausgezahlt wird, die nicht bedürftig sind. Die als Kompromiss von der Koalition nun angedachte Einkommensprüfung hält die MIT für unzureichend.

Der MIT-Beschluss führt sechs Gründe gegen die aktuelle Einigung auf eine Einkommensprüfung an. Diese verstoße gegen den Koalitionsvertrag, der sich eindeutig für eine Bedürftigkeitsprüfung in der Grundsicherung ausspricht. Zudem drohten vergleichbare Forderungen in anderen Bereichen der sozialen Sicherung. Linnemann: „Wenn wir auf die Vermögensprüfung verzichten, droht ein Dambruch unseres Sozialstaatsprinzips. Das kann niemand ernsthaft wollen.“ Darüber hinaus würde die Einkommensprüfung Vermögen wie Immobilien, Sammlungen, Fahrzeuge, Geld- und Wertpapierguthaben nicht berücksichtigen. Unzureichend erfasst würden zudem die Einkommen nicht verheirateter Lebenspartner im Haushalt, Kapitalerträge und die Einkommen von Rentenempfängern im Ausland.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) – vormals Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU – ist mit rund 25.000 Mitgliedern der größte parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für mehr Unternehmergeist in der Politik ein.

Kontakt

Hubertus Struck
Leiter Kommunikation
MIT-Bundesgeschäftsstelle
Schadowstr. 3
10117 Berlin
T: 030 220798-17
struck@mit-bund.de
www.mit-bund.de